

Grußwort von OKR Karen Hinrichs

zum Podiumsgespräch „Deutschland und die Atomwaffen“ 6.4.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung zu dieser interessanten Veranstaltung. Danke auch für die Gelegenheit, ein Grußwort zu sprechen für die Evangelische Landeskirche in Baden, die über die Arbeitsstelle Frieden und das Forum Friedensethik mit eingeladen hat. Zunächst darf ich die herzlichen Grüße unseres Landesbischofs Jochen Cornelius-Bundschuh ausrichten!

Sie haben mich eingeladen als Vertreterin einer Kirche, die sich besonders für Frieden und Gerechtigkeit engagiert. Sie ist damit eine von vielen kirchlichen Stimmen, die sich hörbar, doch nach meiner Wahrnehmung noch viel zu leise- für eine andere, eine friedensfördernde Außenpolitik einsetzen. Und damit für eine Überwindung der Abschreckungsideologie, wie sie gerade in Fragen der Atomwaffen immer noch vertreten wird.

Die Kirchen haben etwas zu sagen zu diesen Fragen - und das nicht nur als Teil der Zivilgesellschaft, sondern aus ethischen und theologischen Gründen, aus dem Glauben an Jesus Christus und der Quelle der christlichen Werte, für die wir eintreten.

Doch ich nehme wahr, dass die Auseinandersetzung mit der Frage der Atomwaffen (wie der Chemiewaffen und des Exportes ihrer Bestandteile) quer durch die politischen Parteien und ebenso der Konfessionen und Religionen geht. Es gibt beispielsweise unter Vertretern der Bundeswehr sehr verschiedene Haltungen dazu. Auch manche Soldaten und Offiziere fragen sich – und nicht alle nur im stillen Kämmerlein- ob Herstellung, Modernisierung und letztlich der Einsatz atomarer Waffen vor dem eigenen Gewissen vertretbar sind oder nicht.

Wer einmal mit einem Opfer der Atomwaffentests oder einer Überlebenden von Hiroshima oder Nagasaki gesprochen hat, wird keine Stunde länger die Unterhaltung eines Atomwaffenarsenals legitimieren.

Man muss kein Pazifist, keine Pazifistin sein, um ein Verbot von Atomwaffen zu fordern.

Man muss kein Christ, keine Christin sein, kein religiöser Mensch, um zu erkennen:

Die Drohung und der Einsatz von Massenvernichtungswaffen sind mit keiner menschlichen, menschenfreundlichen Ethik vereinbar, ob diese Ethik nun aus dem christlichen Glauben begründet ist oder aus dem jüdischen, dem muslimischen, buddhistischen Glauben oder einer humanistischen Weltanschauung kommt.

Chemische Waffen, biologische Waffen oder Nuklearwaffen: Auch Agnostiker und Atheistinnen halten diese menschenverachtenden Waffen für ein Teufelszeug, das endlich verboten gehört. Bei den chemischen und biologischen Waffen und bei den Streubomben und Landminen ist ein völkerrechtlicher Verbot erreicht worden, übrigens auch gegen den Willen der Besitzerstaaten.

Eine neue internationale, von vielen jungen Leuten mitgetragene Initiative zur Ächtung, zum Verbot, zur Abschaffung von Atomwaffen aus humanitären Gründen hat nun dazu geführt, dass die Vereinten Nationen neue Verhandlungen mit diesem Ziel begonnen haben. Wir werden heute noch etwas zum Stand dieser Verhandlungen hören, deren erste Runde am vergangenen Freitag in New York zu Ende ging und die vom 15. Juni bis zum 7. Juli fortgesetzt werden.

Die Verhandlungen werden nicht allein von Papst Franziskus durch mehrere öffentliche Stellungnahmen unterstützt, sondern auch aktiv und durch eigene Delegierte begleitet vom Ökumenischen Weltrat der Kirchen. Dessen Aufruf zu einem weltweiten Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens hat sich die Evangelische Landeskirche in Baden angeschlossen. Sie versteht ihre Friedensarbeit ebenso wie den Einsatz für gerechtere Wirtschaftsbedingungen als einen Beitrag zu diesem internationalen ökumenischen Pilgerweg.

Unser Landesbischof, Prof. Jochen Cornelius-Bundschuh hat sich mehrfach mit Briefen an die Bundesregierung gewendet und die Beteiligung Deutschlands an den Atomwaffenverbotsverhandlungen der Vereinten Nationen angeregt.

Anfang März hat sich der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahm, in einem Schreiben an Außenminister Gabriel erneut dafür ausgesprochen und darum gebeten, dass die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung aufgibt und konstruktiv bei den Verbotsverhandlungen mitwirkt.

Der Friedensbeauftragte argumentiert in demselben Sinne wie die Friedensbewegung insgesamt: Der bisherige Boykott, die bisherige Nicht-Teilnahme Deutschlands an den UN-Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot schadet der Glaubwürdigkeit unseres Landes und schränkt den abrüstungspolitischen Spielraum unnötig ein. Diese boykottierende Haltung widerspricht klar dem Anspruch, mehr politische Verantwortung für den Frieden übernehmen zu wollen. Sie ist nicht mit einem außenpolitischen Selbstverständnis Deutschlands vereinbar, das eine friedensfördernde Weltordnung und die Weiterentwicklung eines entsprechenden Völkerrechts unterstützen sollte.

Ich warte darauf, dass nicht nur die Friedensbeauftragten und Friedensfreundinnen in den großen und kleinen Kirchen in unserem Land, sondern endlich auch der evangelische und der katholische Militärbischof ihre Stimmen erheben und sich für die Teilnahme Deutschlands an den Atomwaffenverbotsverhandlungen aussprechen.

Denn - wie gesagt: Man muss kein Pazifist sein, um die menschenverachtende Abschreckungs-ideologie und Pseudo-Ethik zu erkennen, die hinter der Drohung des Einsatzes nuklearer Waffen steht.

Atomwaffen sind nach wie vor eine der größten Bedrohungen für die Menschheit und die gesamte Erde. Ein Unfall oder eine absichtlich herbeigeführte Detonation würde zu katastrophalen Zerstörungen führen, zu humanitären und ökologischen Auswirkungen, die keine Organisation, kein Rotes Kreuz, kein THW, keine Armee mehr beherrschen könnte.

Nicht die Modernisierung von Atomwaffen, sondern das Verbot und die konsequente und kontrollierte Abrüstung dieser Massenvernichtungswaffen sollte das gemeinsame Ziel sein. Aus humanitären Gründen sollten wir uns dafür einsetzen - quer über nationale Grenzen, politische Parteien, Religionen und Weltanschauungen hinweg.

Möge dieser Abend dazu einen kleinen, nachdenklichen Beitrag leisten.

Verbunden mit dem dankbaren Hinweis zur Genehmigung der Veröffentlichung dieses Grußworts am 5. Mai 2017 vom Sekretariat des Evangelischen Oberkirchenrats in Karlsruhe für die [WebDoku](#) der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170406kh.pdf>